

28.10.2014

Antrag

der Fraktion der FDP

Abbau von Lehrerstellen an den Berufskollegs stoppen – Qualität der Ausbildungsvorbereitung stärken

I. Ausgangslage

In Nordrhein-Westfalen leisten die Berufskollegs im Rahmen der dualen Ausbildung eine hervorragende Arbeit, um junge Menschen zu Berufsabschlüssen zu führen – oder auch den Erwerb der Hochschulreife zu ermöglichen. Damit bilden die mannigfaltigen Angebote der Berufskollegs in ihrer Vielfalt, durch ihre Anschluss- und Abschlussmöglichkeiten einen unersetzlichen Anker in unserem Bildungssystem. Berufliche Schulen tragen aber auch Verantwortung für leistungsschwächere, „problematischere“ Jugendliche. Mit hohem Engagement nehmen sich die beruflichen Schulen zum Beispiel junger Menschen ohne Schulabschluss an, Jugendlichen, die noch nicht ausbildungsreif oder orientierungslos sind. In der Ausbildungsvorbereitung sollen sie für eine möglichst duale Ausbildung qualifiziert werden. Ziel muss es generell sein, dass junge Menschen unmittelbar in eine Ausbildung eintreten. Die Ausbildungsvorbereitung an beruflichen Schulen sollte immer nur einen Qualifizierungsschritt darstellen, der schnellstmöglich in ein „klassisches“ Ausbildungsverhältnis mündet. Daher ist es grundsätzlich richtig, durch eine frühzeitige und strukturierte Berufs- und Studienorientierung mögliche „Warteschleifen“ zu vermeiden. Ebenso richtig ist die Neustrukturierung und Straffung der Ausbildungsvorbereitung an den beruflichen Schulen.

Allerdings findet parallel zu diesem Umstellungsprozess an beruflichen Schulen ein deutlicher Stellenabbau statt. Die Landesregierung streicht an Berufskollegs bis zum Jahr 2015 insgesamt 500 Lehrerstellen. Mit diesem Personalabbau will sie einen Erfolgsbeleg für den von der rot-grünen Regierungskoalition verfolgten Politikansatz der „vorbeugenden Präventionspolitik“ bzw. einer schuldenfinanzierten Sozialpolitik liefern.

In Wahrheit musste die Landesregierung wiederholt zugeben, dass sie keinerlei Verbindung zwischen den Stellenstreichungen und ihrer „Präventionspolitik“ herstellen kann. Die Streichungen der Stellen werden als „Setzung der Landesregierung“ titulierte, maßnahmenbezogene Berechnungen und Nachweise könnten „nicht erbracht werden“.

Noch deutlicher wird die Absurdität des rot-grünen Vorgehens, wenn diese Stellenstreichungen in Zusammenhang mit rot-grünen politischen Weichenstellungen gebracht werden. So wurden bereits in den Jahren 2012 und 2013 jeweils 21 sowie 2014 229 Stellen gestrichen.

Datum des Originals: 28.10.2014/Ausgegeben: 28.10.2014

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Gleichzeitig konnten jedoch zum Beispiel Maßnahmen wie das neue Übergangssystem noch gar nicht vollständig greifen. Es handelt sich offenkundig um ein „wissenschaftliches Phänomen“, dass die rot-grüne „Präventionspolitik“ so erfolgreich ist, dass sich entsprechende Stelleneinsparungen bereits einstellen, bevor die hierfür notwendigen Strukturen überhaupt etabliert sind und ihre Wirkung voll entfalten können.

Auch wenn es hoffentlich gelingt, dass mehr Jugendliche direkt in Ausbildungsverhältnisse einmünden, wird auch weiterhin eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Schülerinnen und Schülern zunächst in die Ausbildungsvorbereitung wechseln. Fachleute verdeutlichen unmissverständlich, dass dort eine bessere Unterstützung zur Förderung benötigt wird. Es ist unerlässlich, für diese jungen Menschen bestmögliche Chancen auf ein eigenverantwortliches Leben zu eröffnen. Gleichzeitig stellen diese Jugendlichen auch gesamtgesellschaftlich ein wichtiges Potential dar, um dem Fachkräftemangel entgegen zu wirken. Daher dürfen nicht ausgerechnet diese schwächeren Jugendlichen als vermeintlicher Beleg für die rot-grüne „Präventionspolitik“ herangezogen werden.

Die für 2015 geplante Streichung von weiteren 229 Stellen an Berufskollegs muss gestoppt werden. Die katastrophale Finanzlage macht es hierbei schon aus Gründen der Generationengerechtigkeit unerlässlich, dass die Sicherung dieser Stellen nicht zu einer zusätzlichen Verschuldung führen darf. Rot-Grün hat nach der Regierungsübernahme die Personalvertretung im Schulbereich um mehrere hundert Stellen ausgeweitet, so dass diese Stellen durch Freistellungen dem Unterricht entzogen wurden. Im Gegenzug zur Sicherung der Stellen am Berufskolleg muss die Personalvertretung auf ein vernünftiges Maß zurückgeführt werden. Gerade in Zeiten begrenzter finanzieller Ressourcen des Landes muss das Primat der Landespolitik auf der Interessensvertretung der Kinder und Jugendlichen liegen.

II. Beschlussfassung

1. Der Landtag würdigt, dass die Berufskollegs im Bereich der Ausbildungsvorbereitung eine wichtige Arbeit leisten, um leistungsschwächeren oder orientierungslosen Jugendlichen Perspektiven zu eröffnen.
2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,
 - die Ausbildungsvorbereitung an Berufskollegs nicht als vermeintlichen Beleg für ihre Politik „Schulden für Prävention“ zu benutzen;
 - den 2015 geplanten Abbau von weiteren 229 Stellen an den Berufskollegs als angebliche „Präventionsrendite“ zu stoppen und in der Ausbildungsvorbereitung eine Stärkung der Förderung leistungsschwächerer Schülerinnen und Schüler zu gewährleisten;
 - eine vernünftige Anpassung bei der Landespersonalvertretung im Schulbereich vorzunehmen, um auf diese Weise die 229 Stellen an den beruflichen Schulen zu sichern.

Christian Lindner
Christof Rasche
Ingola Schmitz
Yvonne Gebauer
Ulrich Alda

und Fraktion